



Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Im April 2019

Pressemitteilung

+++ Pressehandy (Samstag/Sonntag, 13./14. April 2019): 0176 71 14 62 16 +++

Keine nationalistische Vereinnahmung des Gedenkens an die Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus!

Vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung mit polnischen Nationalist*innen findet am 14. April 2019 die jährliche Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Ravensbrück statt. Statt einer klaren Positionierung gegen Rechts bittet die Gedenkstättenleitung, „vom Zeigen von Transparenten, Fahnen und Kleidungsstücken mit politischen Statements“ abzusehen – unabhängig von deren Inhalt. Doch zahlreiche Besucher*innen der Gedenkfeierlichkeiten wollen die Entwicklungen der letzten Jahre nicht hinnehmen und wehren sich gegen das massive Auftreten der Nationalist*innen.

Im April stehen in mehreren Gedenkstätten von ehemaligen Konzentrationslagern wieder die Jahrestage der Befreiung an. Diese werden oft mit Gedenkfeiern begangen, zu denen die noch lebenden und reisefähigen Überlebenden und oft auch deren Angehörige, Antifaschist*innen und Vertreter*innen der Politik und Öffentlichkeit kommen. Zunehmend werden diese Feierlichkeiten jedoch von Nationalist*innen genutzt, um dort ihre Ideologie zu verbreiten.

In der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück waren es in den letzten Jahren vor allem polnische Rechte, die dort massiv auftraten. Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark gewann bei der offiziellen Befreiungsfeier in Ravensbrück 2018 den Eindruck, dass bei dieser Gelegenheit polnische Nationalist*innen Innenpolitik für die Zuschauer*innen an den heimischen Fernsehgeräten machten, gerade weil als Hauptrednerin auf der Gedenkfeier die Ehefrau des polnischen Präsidenten eingeladen war. Die polnische Gesellschaft ist vielfältig und auch die polnischen Besucher*innen der Gedenkfeier sind es. Durch ihr massives Auftreten dominierten allerdings polnische Rechte das Bild.

Unter anderem war 2018 die antisemitische und antikommunistische *Narodowe Siły Zbrojne* (Nationale Streitkräfte, NSZ) dort vertreten. Die NSZ sind historisch eine antisemitische Abspaltung der polnischen Heimatarmee (*Armia Krajowa*), die teilweise sogar gegen die polnische Heimatarmee vorging und deren Angehörige sich nach dem Kriegsende an dem Pogrom in Kielce 1946 gegen jüdische Überlebende beteiligt haben sollen. Heute ist der (ZZ)NSZ ein Veteranenverband, der die Erinnerung an die NSZ hochhält, teilweise in uniformierten Aufmärschen, zum Beispiel am jährlichen polnischen Unabhängigkeitstag, dem 11. November.

Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.
c/o Jos Fritz Buchladen
Wilhelmstr. 15
79098 Freiburg
E-Mail: info@gedenkort-kz-uckermark.de
Web: www.gedenkort-kz-uckermark.de

Bankverbindung:
Initiative für einen Gedenkort
ehemaliges KZ Uckermark e.V.
IBAN: DE61 4306 0967 7924 5544 00
BIC: GENODEM1GLS



Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Mitglieder der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark beobachteten, wie Mitglieder der NSZ während des jüdischen Totengebets, des Kaddisch, ein Transparent ausrollten. Eine klare Provokation.

Doch Erinnerungspolitik scheint auch für rechtspopulistische Akteure in Deutschland zunehmend wichtiger zu werden. Hierzu seien nur beispielhaft Björn Höckes Verunglimpfungen des Holocaust-Mahnmals in Berlin und Alexander Gaulands Verharmlosungen des Nationalsozialismus genannt. Der AfD-Politiker Andreas Wild provozierte bei einem Schweigemarsch zum 80. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 mit einer blauen Kornblume, die er am Revers trug. Die Kornblume, ein patriotisches Symbol des vorvergangenen Jahrhunderts, galt in Österreich in den Dreißigerjahren als Erkennungszeichen der damals verbotenen Nationalsozialisten.

Gedenkstätten haben unterschiedliche Umgangsweisen mit dem Problem entwickelt:

- Die Gedenkstätte Buchenwald erteilte u.a. Björn Höcke Hausverbot.
- Das Holocaustmahnmal verwehrte dem Berliner AfD-Fraktionsvorsitzenden Georg Pazderski, beim Gedenken an die Reichspogromnacht 1938, die Namen ermordeter Jüd*innen vorzulesen.
- Der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten gelang es, auf vom Staatsgerichtshof des Landes Niedersachsen als rechtmäßig bewährte Weise der AfD einen Sitz im Stiftungsbeirat zu verwehren.
- Die Gedenkstätte Sachsenhausen hatte das Problem mit der Gruppe von Alice Weidel und erkannte nicht, dass ihr Sicherheitsdienst just ein Subunternehmen mit Verbindungen ins Cottbusser Neonazimilieu engagierte.

Die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück bittet für die Gedenkfeier am 14. April 2019 „*vom Zeigen von Transparenten, Fahnen und Kleidungsstücken mit politischen Statements während der zentralen Gedenkveranstaltung abzusehen. Traditionsfahnen und –transparente von Verfolgtenverbänden sind davon ausgenommen.*“

Damit wendet sich die Gedenkstättenleitung nicht gegen das Problem, nämlich die nationalistische Vereinnahmung des Gedenkens und das Propagieren rechter, antisemitischer und rassistischer Ideologien, sondern bleibt vage. Wir als Antifaschist*innen werden dennoch nicht zulassen, dass Nationalist*innen das Gedenken vereinnahmen! Wir rufen zu einer zahlreichen Teilnahme an der diesjährigen Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Ravensbrück auf. Außerdem erwarten wir von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, dass sie antisemitisches, rassistisches und anderes menschenverachtendes Verhalten und das Tragen von Abzeichen von Parteien und Verbänden, die solche Ideologien vertreten, unterbinden.

Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.
c/o Jos Fritz Buchladen
Wilhelmstr. 15
79098 Freiburg
E-Mail: info@gedenkort-kz-uckermark.de
Web: www.gedenkort-kz-uckermark.de

Bankverbindung:
Initiative für einen Gedenkort
ehemaliges KZ Uckermark e.V.
IBAN: DE61 4306 0967 7924 5544 00
BIC: GENODEM1GLS